

Sprachkultivierung als politische Aufklärung

Es gibt Anlässe und Momente, bei denen die 'inszenierte' politische Rede unserer Staatsschauspieler von ihrem Publikum nicht beklatscht wird, wo selbst in der Vermittlung über die öffentlich-rechtlichen Kanäle die Inszenierung zur Selbstentlarvung mißrät – einfach deshalb, weil das Publikum, z.B. die anwesenden Journalisten, aus seiner Rolle fällt, ein Tabu bricht und an der richtigen Stelle lacht.¹

Lachen über eine unfreiwillig mißglückte Selbstdarstellung, über die kommunikative Verzerrung politischer Sachverhalte bis zur Unkenntlichkeit hat eine befreiende und aufklärende Wirkung. Der Lächerlichkeit preisgegeben zu sein, hat – so hofft man – positive 'kultivierende' Rückwirkung auch auf das kommunikative Gebaren von Politikern.

Diese Idee oder gar Hoffnung der Kultivierung politischer Kommunikation und politischer Sprache, veranlaßt und eingefordert durch den kritischen und sprach-rezeptionskritischen Bürger, stellen wir bei unseren Thesen zum Thema in den Vordergrund.

Zunächst vier Voraussetzungsthesen:

1. Wir gehen nicht von einem statischen Begriff politischer Kommunikations- und Sprachkultur aus, sondern von dem dynamischen Begriff der Kultivierung politischer Kommunikation. Unter politischer Kommunikationskultivierung wollen wir verstehen:

- die Reflexions- und Reformierungsarbeit an etablierten und normativ verfestigten kommunikativen und sprachlichen Verfahren zur Interpretation und Konstitution politischer Realität und an den zugrundeliegenden Spielregeln und kommunikativen Strategien,
- die Entwicklung der Fähigkeit, mit kommunikativen Konflikten über politische Problemverhalte kultiviert umzugehen, d.h. der Fähigkeit
 - kommunikative Konflikte aufzudecken, statt sie systemmüde und resignierend hinzunehmen,
 - die werthafte Einschätzung der konfliktauslösenden Sprachgebräuche und kommunikativen Verfahren zu überdenken, zu begründen und unter möglicher Revision kommunikativer Normen und Strategien Lösungen auszuhandeln, um Verständigung zu ermöglichen,

- bzw., dort wo dies nicht möglich ist, den Konflikt mit den besseren Argumenten, statt mit besseren sprachlichen und nicht-sprachlichen Strategien auszutragen.

2. Politische Kommunikationskultivierung bezieht sich vor allem auf den pfleglichen Umgang aller Beteiligten, Politiker wie Öffentlichkeit, mit kommunikativen Konflikten.

3. Kommunikative Konflikte in der Interaktion zwischen Politiker und Bürger sind Mitursachen von Glaubwürdigkeitsverlust und Systemmüdigkeit.

4. Solche Konflikte erwachsen aus einer unterschiedlichen Erwartungshaltung jeweils von Bürger und Politiker, d.h. unterschiedlichen kommunikativen Interessen beider Interaktions‘parteien’.

Das Interesse des Bürgers ist (idealerweise) darauf gerichtet, (in Politikerinterviews, -reden, -debatten usw.) über politische Zusammenhänge informiert zu werden, teilzuhaben an der Aushandlung politischer Entscheidungen auf der Basis unterschiedlicher Standpunkte und unterschiedlicher Wertsetzungen; das Interesse des Politikers dagegen ist darauf gerichtet, seine oder die Politik seiner Partei zu vertreten, zu ‘verkaufen’, Handlungen und Entscheidungen oder Kompromisse zu rechtfertigen, seine Position zu festigen, Macht und persönlichen Einfluß zu erhalten bzw. dazu zu gewinnen, Wähler von sich zu überzeugen und für sich einzunehmen, d.h. also bestimmt von Erfolgskalkülen des Legitimierens und Werbens (vgl. den Beitrag von Holly in diesem Band). Mit Habermas können wir diesen Interessengegensatz, wie er kommunikativ in der Interaktionskonstellation Politiker – Bürger zum Ausdruck kommt, auf den Gegensatz zwischen Verständigungsorientiertheit und Erfolgsorientiertheit zurückführen², d.h.

- der Bürger muß – wenn er überhaupt seine politischen und kommunikativen Rechte in einer Demokratie wahren will – davon ausgehen, daß der Diskurs mit dem Politiker bzw. die an ihn adressierte Rede des Politikers verständigungsorientiert ist,
- der Politiker dagegen ist primär an erfolgsorientierter Rede und am strategischen Diskurs ausgerichtet bzw. glaubt es sein zu müssen.

Verständigungsorientiertheit heißt hier:

- die Rede zielt ab auf rational motiviertes Einverständnis, d.h.
- Zustimmung zum Inhalt einer politischen Aussage, weil der Bürger, aufgrund zugelierter Fakten von der Richtigkeit der Aussage überzeugt ist
- Übernahme einer politischen Zielsetzung durch den Bürger, weil die enthaltenen Wertesetzungen den eigenen, für rational gehaltenen Wertesetzungen des Bürgers kritisch standhalten.

Erfolgsorientiertheit heißt hier:

- Einverständnisgewinnung und Zustimmung werden ausschließlich in den Dienst eigener Handlungsziele, z.B. der Eigenwerbung oder der Selbstdarstellung gestellt, sie sind nur Mittel zum Zweck.³

Die notwendige Erwartungshaltung des Bürgers auf verständigungsorientierte Rede wird in der Regel durch den politischen Diskurs nicht oder nur der Form nach eingelöst, ohne daß allerdings der Konflikt zwischen den beiden Orientierungshaltungen jemals offengelegt würde, da der Politiker seinerseits an der Fiktion des verständigungsorientierten Diskurses festhalten muß, denn ohne die Aufrechterhaltung dieser offenbar für eine demokratische Gesellschaft grundlegende Fiktion wäre auch seinen Erfolgskalkülen die Basis entzogen.

Wir kommen nun zu zwei Kernthesen:

5. An der 'Offenlegung' und 'Bewältigung' dieses Konfliktes ist vor allem der Bürger interessiert, während nicht zu erwarten ist, daß die Politiker von sich aus, d.h. ohne Einforderung durch den kritischen Bürger, ihre Rede an einer kommunikativen Ethik des verständigungsorientierten Diskurses ausrichten.

Offenlegung, das heißt fragen

- Inwieweit, mit welchen kommunikativen Verfahren, mit welchen Wortgebräuchen usw. verstoßen Teilnehmer an konkreten politischen Diskursen gegen meine Erwartungshaltung der Verständigungsorientiertheit?
- Warum tun sie das?

Bewältigen, das heißt fragen

- Wie ordne ich Verstöße gegen die kommunikative Ethik ein?
Wie interpretiere ich sie bezogen auf einen möglichen Erfolgskalkül?
- Wie kann ich mich selbst und andere gegen die Effekte dieses Kalküls schützen?
- Wie kann ich darauf hinwirken, daß die Orientierung an diesen Kalkülen Schritt für Schritt abgebaut wird?

6. Nützlich bei der Offenlegung und Bewältigung dieses Kommunikationskonfliktes durch den Bürger können spezielle Hörerbezogene Maximen sein, d.h. Maximen, die auf die Rezeptionssituation erfolgsorientierter politischer Rede zugeschnitten sind.

Wir schlagen zwei sprachkritische Maximen für den Hörer/Rezipienten vor, die jeweils noch durch zwei bzw. drei Untermaximen konkretisiert sind.

I Maxime der 'Reflexion auf das Interesse'

1. Bedenke, daß der Sprecher Interessen hat und Ziele verfolgt. Sei kritisch gegenüber dem Geltungsanspruch seiner Ziele.

Wir verweisen hier wieder nur auf die strategischen Ziele
'Legitimieren', 'Werben'.

2. Bedenke, daß der Sprecher sprachliche Mittel benutzt, um seine Ziele zu verfolgen. Sei kritisch gegenüber (scheinbaren) Argumenten und Argumentationsstrukturen! Sei kritisch gegenüber dem perlokutionären Charakter seiner Sprechhandlungen!

Perlokutionären Charakter haben Sprechhandlungen dann, wenn ihr illokutionärer Gehalt in den Dienst einer beabsichtigten Wirkung gestellt wird, die von dem Verstehen der vollzogenen Illokution verschieden ist, z.B. wenn eine politische 'Sach'- Aussage gemacht wird, um zu werben oder einzuschüchtern, zu imponieren oder sich zu legitimieren.

Sprachliche Mittel, die eingesetzt werden, um perlokutionäre Wirkungen zu erzielen, können auf verschiedenen textsemantischen und wortsemantisch-pragmatischen Ebenen festgemacht werden:

Auf der Textebene z.B. an der Nicht-Beachtung von Gesprächsregeln wie Beim-Thema-Bleiben, Andere-zu-Wort-kommen-Lassen oder auf der Mikroebene an Verfahren wie 'indirekte falsche Analogiebildung' (z.B. durch Umfunktionierung von Eigennamen zu Prädikatoren), 'unzutreffende Generalisierungen referenzsemantischer Art' oder 'euphemistischer Wortgebrauch'.⁴ Wir möchten nur auf ein sprachliches Verfahren im Zusammenhang des aktuellen Themas 'Bestechlichkeit von politischen Amtsträgern' kurz eingehen, ein Verfahren, das man 'referentielle Aufspaltung' nennen könnte und das mit der Bezugnahme auf ein und dieselbe Person in entweder dieser oder jener Eigenschaft/Funktion gegeben ist: Da der Tatbestand der 'Vorteilsnahme' nur bei Amtsträgern einen strafwürdigen Tatbestand, Verstoß gegen § 331, STGb, darstellt, ist es strategisch geraten, denjenigen, der im Verdacht der Vorteilsnahme steht, aus der Extension des Prädikats 'Amtsträger' herauszuhalten.

Wenn jemand nun aber als Bundesminister offensichtlich Amtsträger ist, so bleibt nur das Verfahren der referentiellen Aufspaltung, erkennbar an *als*-Formeln wie etwa der Aussage von Lambsdorff, er habe als Minister von der Fa. Flick keine einzige Mark genommen, oder der Aussage von Brauchitsch, er habe mit Genscher nur in dessen Eigenschaft als Parteivorsitzender, nicht als Außenminister gesprochen. Der strategische Diskurs macht hier von einer sprachlichen Möglichkeit Gebrauch/Mißbrauch, die der Linguist in die Sphäre der sogenannten intensionalen Kontexte verweist: Man kann zwar glauben, der Außenminister sei ein netter Mensch,

ohne zu glauben, daß Herr Genscher ein netter Mensch sei, weil man nicht weiß, daß Herr Genscher eben z.Zt. unser Außenminister ist, aber man kann nicht zugleich wissen, daß Genscher Parteivorsitzender und Außenminister ist, und nur mit jeweils dem einschlägigen Anteil seiner – doch hoffentlich nicht schizophrenen – Persönlichkeit sprechen.

II Maxime der 'Reflexion auf die Meinungs- und Interpretationsabhängigkeit'

1. Bedenke, daß der Sprecher seine eigene Interpretation von Realität hat. Sei kritisch gegenüber dem Wahrheitsanspruch seiner Aussagen, selbst wenn du unterstellen kannst, daß er wahrhaftig ist!

Zwischen beiden Geltungsansprüchen muß man sicher unterscheiden. Einfach zu beurteilen und unproblematisch für die kritische Rezeption ist der Fall der Unwahrheit bezüglich quasi objektiver politischer Fakten, etwa die zahlreichen Irrtümer R. Reagans über politische Daten – Fälle, in denen man dem Präsidenten subjektive Wahrhaftigkeit nicht absprechen wird.

Dagegen wird das Verhältnis zwischen Wahrheit und Wahrhaftigkeit auch für den kritischen Rezipienten problematisch im Bereich der eigentlichen politischen Interpretationsvokabeln, mit denen politische Realität erst geschaffen wird. Gegen diese Art politischer Aussagen wie etwa "Der (wirtschaftliche) Aufschwung ist da", "eine gewisse Stabilisierung ist erreichbar" kann keine objektive Realität ins Feld geführt werden. Dadurch wird für den Bürger die Grenzziehung zwischen wahrhaftiger, aber eben eigenwilliger und standortbedingter Weltsicht, und unwahrhaftiger, bewußt verzerrender Darstellung politischer Problemverhalte schwierig, aber im Einzelfall umso wichtiger.

Direkt auf solche Interpretationsvokabeln zielt Untermaxime 2 von II ab.

2. Bedenke, daß der Sprecher *seine* Interpretation von politischer Realität sprachlich vermittelt. Geh nicht davon aus, daß er denselben Sprachgebrauch/Wortgebrauch hat wie du!

Hier ist fast das gesamte politische Vokabular einschlägig. Der politische Wortschatz ist in hohem Maße semantisch instabil in dem Sinne, daß verschiedene Sprechergruppen politische Wörter nach unterschiedlichen Regeln zur Klassifikation und Bewertung der sozialen Realität gebrauchen. Man denke nur an den spezifisch ideologischen Wortschatz, der zur Grundaussstattung politischer Ideologien, Richtungen und Parteien gehört, also Wörter, die mit jeweils unterschiedlichen (semantischen) Nuancen zur Eigengruppenidentifikation und -stabilisierung (als Fahnenwörter) oder zur Abgrenzung/Diskriminierung des politischen Gegners (als Stigmawörter) benutzt werden: *Freiheit, Sozialismus, Demokratie, Frieden, Humanität, Fortschritt*

einerseits, *Aggression, Faschismus, Totalitarismus* andererseits.

Aber auch politische Alltagswörter, die mit dem ideologischen Bereich nur indirekt vermittelt sind, wie etwa *Aufschwung, wirtschaftliche Belebung, Sicherheit, Reform, Solidarität* werden von verschiedenen politischen Seiten unterschiedlich gebraucht bzw. unterschiedlich zur Erzeugung politischer Realität eingesetzt. Welche Aktivität bei der Erzeugung von Realität der Gebrauch bestimmter Wörter entfalten kann, ist in jünger Zeit z.B. durch das Wort *Sicherheitsrisiko* unter Beweis gestellt worden. Erst die semantische Neuerung, die Verlagerung des Extensionalisierungsbereichs von *Risiko* von Sachverhalten auf Personen (Jemand ist ein Sicherheitsrisiko) und die brisante Verbindung zweier militärischer Hochwertwörter wie *Sicherheit* und *Risiko* hat diese Aktivität ermöglicht.

Wir kommen nun zu Maxime II, 3, der zusammen mit I, 2 vielleicht wichtigsten:

3. Bedenke, daß der Sprecher *seine* Interpretation von politischer Realität sprachlich durchzusetzen versucht. Sei kritisch gegenüber dem Geltungsanspruch seines Sprachgebrauchs/Wortgebrauchs!

Solche sprachlichen Durchsetzungsstrategien seien hier mit den Stichwörtern 'persuasive Definition', 'manipulativer Sprach-/Wortgebrauch', 'semantischer Kampf um die Besetzung/Usurpation von Hochwertwörtern, politischen Leitvokabeln' nur angedeutet.

Wenn der Bürger die sprachlichen Durchsetzungsstrategien durchschaut und im Einzelfall konkret nachweisen oder festmachen kann, nimmt er ihnen und damit dem strategischen Diskurs die Spitze: Dieser geht ins Leere, weil er kritisch vorweggenommen und ihm argumentativ begegnet wird.

Wir formulieren nun einige Thesen zur Aufgabe der Linguistik, einer gesellschaftlich engagierten Linguistik bei der Kultivierung politischer Kommunikation:

7. Die erläuterten Maximen müssen ihre Wirksamkeit auf der Ebene der aktuellen Rede- und Textkritik entfalten. Dazu muß die gesellschaftlich engagierte Linguistik ihren Beitrag leisten.

8. Sie tut dies einerseits konkret parole- oder sprachverkehrsbezogen, indem sie bei Einzelanalysen von Parlamentsdebatten, Politikerreden, -interviews usw. die Anwendung der Maximen exemplarisch vorführt.

9. Darüberhinaus jedoch muß die Arbeit des Linguisten, da es um Kompetenzerweiterung und Aufklärung im Umgang mit kommunikativen Verfahren im strategischen Diskurs allgemein geht, auch auf der Ebene notwendiger Verallgemeinerungen, d.h. auf langue- oder Sprachsystem-

ebene ansetzen, d.h. die Möglichkeit, politisch-kommunikativ aufgeklärt zu handeln, muß als abstraktes Handlungsmuster bzw. als Repertoire an solchen Handlungsmustern zur Verfügung stehen und von Wissenschaftlern zur Verfügung gestellt werden, in der Weise, daß es in konkreten Kommunikationssituationen vom Bürger als Rezipient politischer Rede jederzeit aktiviert werden kann.

10. Beiträge zu einer solchen langue-bezogenen Sprachkultivierung sind von der Linguistik z.B. in Form eines Handbuches der expliziten staatsbürgerlichen Rhetorik in öffentlichen Institutionen, wie v. Polenz es im Jahre 1978 gefordert hat, zu erwarten.

11. Bezogen auf die Arbeit des IdS, die in ihrer Zielsetzung selbst primär langue-bezogen oder sprachhandlungstypologisch ist, konkretisiert sich diese Ausrichtung in der Aufgabe der Erstellung eines Handbuches der schweren Wörter, in dem auch der sozialpolitische Wortschatz und damit auch die Kultivierung politischer Kommunikation bzw. lexikalisch bedingter Kommunikationskonflikte eine wichtige Rolle spielen werden.

Wir formulieren daher an dieser Stelle einige Thesen zu Möglichkeiten und Formen politischer Sprachkultivierung im Wörterbuch:

12. Sprachkultivierung im Wörterbuch ist eine Fortsetzung sprachhandlungsbezogener Textanalyse mit anderen Mitteln. Daher kann sie nur durch eine 'andere', aus ihrem sprachlich-kommunikativen Glashaus befreite Lexikographie geleistet werden.

13. Das bedeutet konkret: Die Lexikographie politischer Wörter begreift politisch brisante Wörter, politische Interpretationsvokabeln als 'gefrorene' Handlungsmuster des interpretierenden Klassifizierens und Bewertens. Sie bezieht konfliktäres Sprachhandeln in die lexikographische Beschreibung ein, indem sie anhand der kontextuell gesicherten Gebrauchsbeschreibung dieser Wörter ihren konfliktären Stoff herausarbeitet.

14. Im Dienst dieser politisch aufklärenden Lexikographie können aus den parole-nahen Maximen, wie wir sie formuliert haben, spezifische langue- und wortschatzbezogene Maximen abgeleitet werden.

15. Damit diese sprachkritischen Maximen in der speziellen Textsorte Wörterbuch⁵ wirksam werden, d.h. operationalisiert werden können, schlagen wir folgende Doppelstrategie vor:

- a) In einem allgemeinen pragmatischen (Zusatz-) Teil des Wörterbuchvorwortes werden die wortschatzbezogenen sprachkritischen Maximen selbst ausgeführt.

- b) Den jeweils für bestimmte Typen von Wörtern einschlägigen Maximen sind bestimmte lexikographische Kennzeichnungen zur Verwendungstypik, zur Gruppenspezifik politischer Wörter zugeordnet, die als pragmatische Markierungen in der Mikrostruktur des Wörterbuches auf die typologisch jeweils entsprechenden Lemma-Ausdrücke bzw. Klassen von Lemma-Ausdrücken angewendet werden.

In diesem Modell einer lexikographischen Doppelstrategie der politischen Aufklärung greifen Maximen und Markierungen wie folgt ineinander:

- die Maxime stellen die Muster aufgeklärten Umgangs mit politischem Vokabular zur Verfügung
- die Markierungen aktivieren die jeweils einschlägigen Muster (am jeweils entsprechenden Lemma-Ausdruck bzw. an seiner Beschreibung).

Die Markierungen sind dann vom Wörterbuchbenutzer bzw. Sprachteilhaber als Alarmzeichen zu verstehen, die ihn für bestimmte Gebräuche bzw. Mißbräuche politischer Wörter im manipulativen, taktisch-persuasiven Sprachgebrauch/ in erfolgsorientierter Rede sensibilisieren.

16. Folgende Faktoren, die für die semantische Instabilität politischer Wörter als dem gemeinsamen Nenner ihrer kommunikativ problematischen Eigenschaften verantwortlich sind, sind u.a. zu berücksichtigen:

- ihre Interpretationsabhängigkeit und
- ihr Bezug auf unterschiedliche Normen, Ideologien, politische Lehren, Wissenschaften und
- ihr Bezug auf verschiedene (Meinungs) Gruppen, Parteien und
- ihr essentieller Bezug auf Geschichte/Geschichtlichkeit.

17. Entsprechend diesen Faktoren kann vom Lexikographen ein Repertoire von pragmatischen Markierungen entwickelt werden, etwa:

- 'Interpretationsvokabeln' (oder z.B. 'ideologische Streitwörter') als Bezeichnung für politische Wörter, mit denen unterschiedliche (variante) Interpretationen und Deutungen sozialweltlicher Erscheinungen vollzogen werden,
- 'Gruppen-, Partei-, Normen-, Rahmenvokabeln' (oder z.B. 'Schlagwörter', 'Leitwörter', 'Fahnen- und Stigmawörter') als Bezeichnung für politische Wörter mit eingeschränkter/relativer Gültigkeit und Verbindlichkeit jeweils relativ zu den betreffenden Gruppen, Parteien bzw. Ideologien, Normen (Abgrenzungsvokabular),
- 'Geschichtliche (Grund)Begriffe, 'Geschichtsvokabeln' als Bezeichnung für Wörter mit historischer Sensibilität und diachron/synchroner Bedeutungsfülle; etc.

18. Bezogen auf die hier genannten Faktoren semantischer Instabilität insgesamt könnte z.B. eine sprachaufklärerische Maxime als eine Art Propädeutik für den kritischen Umgang mit politischer Sprache formuliert werden, an der sich der Sprachteilhaber *g e n e r e l l*, d.h. für *a l l e* mit politischen Ausdrücken verbundenen konfliktären Kommunikationsgelegenheiten, orientieren kann:

Maxime III (vgl. II, 3)

Bedenke, daß die (mit Markierungen wie 'politisch', 'ideologisch', 'in manipulativem Sprachgebrauch' ausgezeichneten) Wörter zum politisch-ideologischen Wortschatz gehören und daher aufgrund ihrer semantischen Unbestimmtheit und interpretativen Offenheit zur Verwendung in erfolgsorientierter Kommunikation und damit im taktisch-persuasiven oder manipulativen Sprachgebrauch prädestiniert sind ...

Bedenke, daß Sprecher diese Wörter in politisch-öffentlicher Kommunikation gebrauchen, um jeweils *i h r e*, mit der deinen *n i c h t* notwendig übereinstimmende Interpretation (Meinung, Auffassung) von politischer Realität *s p r a c h l i c h* zu vermitteln und auch *s p r a c h l i c h* durchzusetzen versuchen.

Oder spezieller bezogen auf den Faktor der 'Interpretationsabhängigkeit' die konkretere Maxime IV

Maxime IV (vgl. II, 2)

Bedenke, daß die (mit der Markierung 'Interpretationsvokabel' ausgezeichneten) Wörter von Sprechern/Sprechergruppen auf ganz unterschiedliche Weise zur Interpretation und Deutung sozialweltlicher Erscheinungen/politischer Realität verwendet werden. Sei kritisch gegenüber ihrem Aussagewert, denn sie werden interpretierend (d.h. beschreibend und wertend) auf ganz unterschiedliche 'Gegenstände' der Realität angewendet. Es sind inhaltlich unscharfe Wörter, deren Unschärfe von Sprechern oft bewußt taktisch oder manipulativ zur Behauptung von sog. 'Tatsachen' ausgebeutet wird, z.B. bei strittigen Fragen wie Was ist Terrorismus? oder Wer ist (wann) Terrorist? Wer ist (wann) ein Sicherheitsrisiko/erpreßbar/förderungswürdig?

Bedenke also, daß diese Wörter meist nicht so unverfänglich und harmlos gebraucht werden wie z.B. die Wörter *Haus* oder *Straße*, sondern als ideologische (Streit) Wörter in ihrer Bedeutung meinungs- und interessenabhängig sind. Sei daher vorsichtig/nicht leichtfertig gegenüber der Verwendung dieser Wörter in deinem eigenen Sprachgebrauch und sei kritisch gegenüber dem Sprachgebrauch anderer, auch dann oder gerade wenn sie behaupten, ihr Sprach- bzw. Wortgebrauch sei der 'richtige', 'wahre'.

Bedenke ferner, daß nicht jedes Wort ein real existierendes 'Ding' einfach bezeichnet und die Sprache nicht der Wirklichkeit angepaßt oder auf den Leib geschneidert ist. Die politische Wirklichkeit so wie sie dir z.B. in den Massenmedien vermittelt wird, ist häufig *s p r a c h l i c h* (d.h. auch durch einzelne Wörter) hervorgebracht, vermittelt und gedeutet.

In ähnlicher Weise wie zum Faktor 'Interpretationsabhängigkeit' wären auch zu den anderen Faktoren sprachaufklärerische Maximen zu formulieren, auf die der Wörterbuchbenutzer wieder durch spezifische Markierungsprädikate (bzw. ein Repertoire solcher Prädikate) in den Wörterbuchartikeln verwiesen werden kann.

19. Auf diese Maximen nehmen dann alle Wörterbucheinträge oder Teile von Wörterbucheinträgen explizit Bezug, die z.B. mit den einschlägigen Markierungen 'Interpretationsvokabel', 'Parteiwort' oder 'Fahnenwort' ausgezeichnet sind.

20. Markierungen, wie die genannten, wirken aufklärend in mehrfacher Hinsicht:

- Sie sind **Relativitäts- oder Restriktionsindikatoren** insofern, als sie den Wörterbuchbenutzer mit der Aufklärung über die Interpretationsabhängigkeit politischer Wörter davor warnen, meinungs- und gruppenspezifische Wortgebräuche als für die *gesamte* Kommunikationsgemeinschaft verbindliche Wortgebräuche mißzuverstehen. Relativitätsindikatoren schaffen Klarheit darüber, daß in ein und derselben Sprache auch die unterschiedlichsten politischen Standpunkte/Meinungen formulierbar sind.
- Sie sind zugleich auch **Distanzindikatoren** insofern, als der Lexikograph mit ihrer Hilfe sich aus dem Streit um Wörter heraushalten und sprachwissenschaftlich neutral bleiben kann, indem er alle (etablierten) gruppenspezifischen Wortgebräuche wissenschaftlich dokumentiert und sich damit gleichermaßen von allen Gebräuchen distanziert.
- Sie sind zugleich auch **Differenz- oder Varianzindikatoren** insofern, als der Lexikograph mit ihrer Hilfe die zwischen den einzelnen Gebräuchen bestehenden semantischen Differenzen als jeweils meinungs-, gruppen- oder ideologiedeterminierte Differenzen ausweisen und die varianten Gebräuche der jeweils entsprechenden Partei-, Gruppen- oder Ideologiesprache zuordnen kann. Varianzindikatoren schaffen Klarheit oder klären auf darüber, daß politische Wörter nicht für alle Sprecher(gruppen) das gleiche bedeuten und daß aufgrund der Gruppen- und Ideologiegebundenheit politischer Wörter nicht allein die Sprache und die Wörter Gegenstand von Sprachkritik und -aufklärung sind, sondern die sprachlichen Handlungen und die Sprecher(gruppen), die sie im Bereich öffentlich-politischer Kommunikation vollziehen.

21. Die hier vorgeschlagene Doppelstrategie von 'Maxime' und 'Markierung' scheint uns ein gangbarer Weg zu der geforderten 'neuen' Lexikographie politischer Wörter zu sein. Sie ist zudem geeignet, die politische 'Wahrheit' der Wörterbücher eher zu befördern als zu beschneiden.

Wir kommen zum Schluß, auch er thesenhaft:

22. Niemand hat ein Monopol auf den rechten Sprachgebrauch, niemand auch eines auf die rechte Sprachkultivierung. Sprachkritische Maximen der Rezeption politischer Rede, wie wir sie vorgeschlagen haben, haben gegenüber ihren sprecherbezogenen Gegenstücken – etwa 'Sei vorsichtig im Gebrauch von Interpretationsvokabeln' – den Vorzug, nicht zu Normen korrumpierbar zu sein.

Anmerkungen

- 1 Wir erinnern hier an den 'Fall' Wörner-Kießling und an die Presseerklärung von Bundeskanzler Kohl, mit der er die Affäre 'löste' und die – so der Bericht-Titel der Rhein-Neckar-Zeitung vom 2.2.1984 – fast "zu einer Lachstunde mit Kohl" geriet.
- 2 Vgl. Habermas 1983, 144:
 - a) Verständigungs- vs. Erfolgsorientierung. Soziale Interaktionen sind mehr oder weniger kooperativ und stabil, mehr oder weniger konfliktuös oder instabil. Der gesellschaftstheoretischen Frage, wie soziale Ordnung möglich ist, entspricht die handlungstheoretische Frage, wie (mindestens zwei) Interaktionsteilnehmer ihre Handlungspläne so koordinieren können, daß Alter seine Handlungen an Egos Handlungen konfliktfrei, jedenfalls unter Vermeidung des Risikos eines Abbruchs der Interaktion "anschließen" kann. Sofern die Akteure ausschließlich am *Erfolg*, d.h. an den *Konsequenzen* ihres Handelns orientiert sind, versuchen sie, ihre Handlungsziele dadurch zu erreichen, daß sie extern, mit Waffen oder Gütern, Drohungen oder Lockungen auf die Situationsdefinition bzw. auf die Entscheidungen oder Motive ihres Gegenspielers Einfluß nehmen. Die Koordinierung der Handlungen von Subjekten, die in dieser Weise *strategisch* miteinander umgehen, hängt davon ab, wie die egozentrischen Nutzenkalküle ineinandergreifen. Der Grad von Kooperation und Stabilität ergibt sich dann aus den Interessenlagen der Beteiligten. Demgegenüber spreche ich von *kommunikativem* Handeln, wenn sich die Akteure darauf einlassen, ihre Handlungspläne intern aufeinander abzustimmen und ihre jeweiligen Ziele nur unter der Bedingung eines sei es bestehenden oder auszuhandelnden *Einverständnisses* über Situation und erwartete Konsequenzen zu verfolgen.
- 3 Ebenso wie in Habermas' Bestimmung von erfolgsorientierter Rede ist in unserer Übertragung auf die öffentlich-politische Kommunikation das Moment negativer Bewertung enthalten. D.h. Verständigungsorientiertheit und Erfolgsorientiertheit sind nicht – ausschließlich – deskriptive Begriffe, sondern ein Paar, bestehend aus einem positiven und einem negativen Wertbegriff.

4 Vgl. Zifonun 1984.

5 Vgl. Strauß 1984.

Literatur

- Habermas, J. (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt a. M.
- — (1983): Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt a.M.
- Heringer, H.-J. (1982): Sprachkritik — die Fortsetzung der Politik mit besseren Mitteln. In: Heringer (Hrsg.) 1982a, 3 - 34.
- — (Hrsg.) (1982a): Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Tübingen.
- Heringer, H.-J./Kurz, G./Stötzl, G. (Hrsg.) (1983): Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht. Heft 51.
- Hermanns, F. (1982): Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Wiegand, H. E. (Hrsg.), Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie II, Hildesheim, New York 1982, 87 - 108.
- von Polenz, P. (1979): Resümee der Tagung. In: Fachsprachen und Gemeinsprache. Jahrbuch 1978 des Instituts für deutsche Sprache, Düsseldorf, 317 - 324.
- Stötzl, G. (1982): Konkurrierender Sprachgebrauch in der deutschen Presse. In: Heringer (Hrsg.) 1982a, 277 - 289.
- Strauß, G. (1984): Politische Sprachkultivierung im Wörterbuch. In: Mitteilungen 10 des Instituts für deutsche Sprache: Aspekte der Sprachkultur, 91 - 121.
- Wiegand, H. E. (1981): Pragmatische Informationen in neuhochdeutschen Wörterbüchern. In: Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie I. Hrsg. v. H. E. Wiegand, Hildesheim, New York.
- Wimmer, R. (1982): Überlegungen zu den Aufgaben und Methoden einer linguistisch begründeten Sprachkritik. In: Heringer (Hrsg.) 1982a, 290 - 313.
- — (1983): Sprachkritik und reflektierter Sprachgebrauch. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht, 3 - 14.
- Zifonun, G. (1984): Politische Sprachkultur und Sprachkritik. In: Mitteilungen 10 des Instituts für deutsche Sprache: Aspekte der Sprachkultur, 61 - 90.